

Niederschrift

Gremium:	Haupt- und Finanzausschuss
Sitzung:	4. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung (HF/2008/004)
Sitzungsdatum:	Mittwoch, 30.01.2008
Sitzungsort:	großer Sitzungssaal des Rathauses, 1. Etage, Zimmer 137
Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr	Ende der Sitzung: 22:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Büter, Felix

CDU

Benölken, Franz

Große-Berg, Franz-Josef

Haget, Bernhard

Mensing, Robert

Nünning, Manfred

Schmeing, Aloys

Tübing, Ferdinand

Vortkamp, Thomas

Weuthen, Franz Josef

Witte, Josef

Vertretung für Frau Birgit Levi

Vertretung für Herrn Bernhard Schnell

SPD

Dönnebrink, Andreas

Fischer, Mathilde

Lambers, Klaus

ab TOP 2 der öffentlichen Sitzung

UWG

Homann, Dieter

Kersting, Hubert

Bündnis 90/Die Grünen

Eisele, Dietmar

ab TOP 2 der öffentlichen Sitzung

FDP

Horst, Reinhard

Beratende Mitglieder gem. § 58 Abs. 1 Gemeindeordnung NRW

Frankemölle, Norbert

Verwaltung

Althoff, Hans-Georg
Büscher, Hermann
Kühlkamp, Hermann
Leuker, Werner
Rose, Norbert
Tacke, Michael

es fehlen entschuldigt:

CDU

Levi, Birgit
Schnell, Bernhard

Verwaltung

Thesing, Johannes

Tagesordnung:

A. Öffentliche Sitzung

- 1 Genehmigung der Niederschrift über die 3. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Ahaus am 14.03.2007
- 2 Beratung des Haushaltsplanentwurfs mit Anlagen für das Jahr 2008
- 3 Industriepark A31 Legden Ahaus

A. Öffentliche Sitzung

- 1 Genehmigung der Niederschrift über die 3. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Ahaus am 14.03.2007**
-

Gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 14.03.2007 erhebt sich kein Widerspruch. Damit ist die Niederschrift genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

2 Beratung des Haushaltsplanentwurfs mit Anlagen für das Jahr 2008

Der Kämmerer und Erste Beigeordnete Althoff hat den Entwurf des Haushaltes 2008 in der Sitzung des Rates am 18. Dezember 2007 eingebracht. Der Entwurf der Haushaltssatzung 2008 mit seinen Anlagen liegt seit dem 27. Dezember 2007 bis zum Abschluss des Beratungsverfahrens im Rathaus öffentlich aus. Gleichzeitig steht er im Internet auf der Homepage der Stadt Ahaus www.ahaus.de zur öffentlichen Einsichtnahme zur Verfügung. Einwendungen, die innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Beginn der Auslegung erhoben werden können, sind nicht eingegangen.

Erster Beigeordneter Althoff erläutert zunächst die seit Einbringung des Haushaltes erfolgten wesentlichen Änderungen und verweist auf die Tischvorlage. In der Folge des Urteils des Verfassungsgerichtshofes NRW vom 11. Dezember 2007 erstattet das Land NRW der Stadt Ahaus ca. 1 Mio. Euro an zuviel entrichteten Beiträgen im Rahmen der Finanzierungsbeteiligung der Gemeinden an den finanziellen Belastungen des Landes aufgrund der Deutschen Einheit. Damit kann die geplante Kreditaufnahme von 5,8 Mio. Euro auf jetzt 4,8 Mio. Euro verringert werden. Im Teilfinanzplan wird unter der Produktgruppe 01.10 der Ansatz von 1,9 Mio. Euro um 750.000 Euro gemindert und in der Produktgruppe 15.02 "Wirtschaftsförderung" zusätzlich veranschlagt, da der Erwerb von Grundstücken zur Finanzierung der geplanten Ausstattung des Zweckverbandes "Industriepark A 31 Legden Ahaus" mit einem Grundkapital von 1,5 Mio. Euro je zur Hälfte von der Stadt Ahaus und der Gemeinde Legden getragen wird. Durch Senkung des Hebesatzes auf 31,5% kann die Kreisumlage um 231.000 Euro gesenkt werden.

Auf Vorschlag des Bürgermeisters wird der Haushalt jetzt seitenweise beraten.

Ratsherr Horst (FDP-Fraktion) stellt den Antrag, den Hebesatz für Grundstücke (Grundsteuer B) gem. § 6 des Entwurfs der Haushaltssatzung von 381% auf 350% zu senken. Zur Begründung führt er aus, dass dadurch jeder Privathaushalt um 20 bis 50 Euro entlastet werden könnte. Damit könnten Familien wirkungsvoll unterstützt werden. Der Einnahmeverlust von ca. 500.000 Euro könne in diesem Jahr durch die Rückzahlung der Solidarbeiträge refinanziert werden. Erster Beigeordneter Althoff erklärt, dass beim Finanzausgleich unabhängig von der tatsächlichen Festlegung 381% angerechnet werden. Bei einer Unterschreitung des Hebesatzes würden somit Einnahmen angerechnet werden, die tatsächlich nicht erfolgen.

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) lehnt eine solche Maßnahme ab, weil der familienpolitische Ansatz ausschließlich am Eigentum festgemacht werde und der Deckungsvorschlag nur im Haushaltsjahr 2008 greife. Diese Auffassung teilen auch die übrigen Fraktionen.

Bürgermeister Büter lässt über den Antrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

- 1 Ja-Stimme
- 15 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Budget 01.01 Politische Gremien

Ratsherr Kersting (UWG-Fraktion) fragt nach der zukünftigen Vorgehensweise bei der Zieldefinition. Der Entwurf des Haushaltes 2008 verzichte gänzlich auf Zieldefinitionen. Erster Beigeordneter Althoff erklärt, dass Prof. Dr. Hufnagel den Rat bei diesem Prozess begleiten und unterstützen werde. Zeitnah würde gemeinsam mit ihm ein Terminvorschlag erarbeitet und rechtzeitig an die Ratsmitglieder weitergegeben. Die Beratung und Festlegung zukünfti-

ger Ziele sei insbesondere Aufgabe der Fachausschüsse. Die Verwaltung könne hier nur Hilfestellungen geben.

Ratsmitglied Kersting (UWG-Fraktion) beantragt, wie auch in den vergangenen Jahren, für die UWG-Fraktion, die Zuwendungen zu den Geschäftsführungskosten um 10% zu kürzen, um damit den Sparwillen der Fraktionen deutlich zu machen. Die übrigen Fraktionen sehen allerdings vor dem Hintergrund umfangreicher Fortbildungs- und Informationsbedarfe und allgemeiner Kostensteigerungen keine Möglichkeit zur Einsparung.

Abstimmungsergebnis:

- 2 Ja-Stimmen
- 15 Nein-Stimmen
- 0 Enthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Budget 01.05 Rechnungsprüfung

Auf Nachfrage erläutert Bürgermeister Büter, dass die Gemeindeprüfungsanstalt NRW für 2008 eine überörtliche Prüfung bei der Stadt Ahaus angekündigt habe. Diese Prüfung fände regulär alle 3 Jahre statt. Die letzte Prüfung sei im Jahre 2005 erfolgt. Die Gebühren beliefen sich auf insgesamt 65.000 Euro. Die zusätzlichen Prüfungen der Gemeindeprüfungsanstalt zur Eröffnungsbilanz seien über die kommunalen Spitzenverbände zwar gerügt worden; dies hätte jedoch zu keinerlei Veränderung geführt.

Budget 01.10 Immobilienwirtschaft

Hier gibt es von mehreren Fraktionen Nachfragen zu den geplanten Schulbaumaßnahmen. Verwaltungsvorstand Kühlkamp erläutert die vorgesehenen Investitionen, bittet aber vor dem Hintergrund der momentanen Erarbeitung des Schulentwicklungsplanes 2008 – 2013 darum, zunächst deren Ergebnisse abzuwarten, um anschließend konkrete Planungen ausarbeiten und vorlegen zu können.

Fraktionsvorsitzender Eisele (Bündnis 90/Die Grünen) bittet die Verwaltung um Überprüfung der Beleuchtungs- und Präsentationstechnik in der Stadthalle. Verwaltungsvorstand Kühlkamp erklärt, dass sich der Prüfauftrag weitgehend mit bereits eingeleiteten Maßnahmen decke. Die Stadthalle werde kurzfristig mit einem leistungsstarken Beamer ausgestattet, der dann für alle Veranstaltungen eingesetzt werden könne.

Ferner bittet Fraktionsvorsitzender Eisele um Überprüfung der angespannten Parkplatzsituation auf dem Krankenhausgelände. Bürgermeister Büter erläutert, dass diese Parkplätze nicht in die Zuständigkeit der Stadt fielen. Er werde die Anregung aber über den Stiftungsvorstand des Krankenhauses weiterreichen.

Budget 01.11 Baubetriebshof

Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion) fragt an, ob für die Pflegearbeiten in den öffentlichen Grünanlagen zusätzliches Personal eingestellt werden müsse. Technischer Beigeordneter Tacke erläutert, dass in der Produktgruppe "Öffentliches Grün" zusätzliche Mittel, insbesondere für Fremdvergaben, vorgesehen seien.

Ratsherr Kersting (UWG-Fraktion) fragt vor dem Hintergrund der sehr stark gestiegenen Primärenergiekosten nach, ob bei der großen Menge an Abfall- und Bruchholz, die während des Jahres am Bauhof anfallt, eine Hackschnitzelheizung für den Bauhof wirtschaftlich betrieben werden könne.

Technischer Beigeordneter Tacke erklärt, dass die Wirtschaftlichkeitsberechnung für eine gemeinsame Hackschnitzelheizungsanlage für den Baubetriebshof und für die direkt angren-

zende Feuer- und Rettungswache erstellt werde. Sobald diese vorliege, werde sie im Fachausschuss zur weiteren Beratung vorgestellt.

Budget 02.01 Sicherheit und Ordnung

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) fragt nach den Gründen für die Umrüstung der Parkscheinautomaten. Erster Beigeordneter Althoff erläutert, dass zur Zeit an einem neuen Parkraumbewirtschaftungskonzept für die Stadt Ahaus gearbeitet werde. Damit soll eine einheitliche Bewirtschaftung für den gesamten Kernbereich der Innenstadt erzielt werden. Konkret werde überlegt, die Gebühren insgesamt zwar anzuheben, über eine sogenannte Brötchentaste aber das gebührenfreie Parken bis 30 Minuten zu ermöglichen. Es werde auch an eine Ausweitung der gebührenpflichtigen Parkplätze gedacht. Das Konzept solle allerdings zunächst mit dem Gewerbeverein und Ahaus Marketing & Touristik GmbH besprochen werden. Anschließend würden die Ergebnisse in den Fachgremien vorgestellt werden.

Budget 03.01 Bereitstellung schulischer Einrichtungen und Leistungen

Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion) beantragt, dass das Konzept der gebundenen Ganztagschule an der Franziskussschule bereits bis zum Jahr 2011 vollzogen werden solle. Die Verwaltung solle hierüber Gespräche mit der Schulleitung führen und durch eine Elternbefragung auf eine schnellere Realisierung hinwirken.

Verwaltungsvorstand Kühlkamp legt dar, dass es bei den Schülerjahrgängen, die bereits befragt wurden, eine hohe Bereitschaft gebe. Allerdings könne die Umsetzung nur dann Erfolg haben, wenn alle Beteiligten (Eltern, Schulleitung, Lehrer, Schulträger und Schulaufsicht) gemeinsam dieses Ziel verfolgten. Ein Versuch unter dieser Prämisse sei sicherlich lohnenswert.

Bürgermeister Büter merkt an, dass die Schule zur Zeit in einer starken Umbruchsituation stecke. Es bestehe daher auch die Gefahr, dass man eine Schule in dieser Situation mit einer zusätzlich vorgezogenen Umstellung auf den Ganztagsbetrieb überfordere. Es müssten somit zunächst Gespräche mit der kommissarischen Schulleitung und mit der zuständigen Schulaufsicht geführt werden. Wenn sowohl dort als auch bei den übrigen Beteiligten eine Zielübereinstimmung festzustellen sei, sei ein solches Projekt auch realistisch.

Bürgermeister Büter lässt über den Antrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Damit ist der Antrag angenommen.

Budget 04.01 Kulturelle Angebote und Einrichtungen

Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion) stellt folgenden Antrag:

Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung, ein Raumkonzept / Umsetzungskonzept zu erstellen um für die Volkshochschule (VHS) angemessene Räume in ausreichender Zahl zur Verfügung zu stellen. Hierbei sollte auch über eine Zusammenführung von Musikschule und VHS nachgedacht werden und zwar durch Erweiterung des Raumangebotes im Gebiet der jetzigen Musikschule.

Es sollte jedoch auch zusammen mit der Bücherei über ein Gesamtkonzept nachgedacht werden. Dieses neue Konzept sollte "innenstadtnah" angesiedelt werden.

Bürgermeister Büter erläutert, dass zur Zeit mit den Nachbargemeinden eine Abstimmung über ein neues Musikschulkonzept erfolge. Zudem weise er darauf hin, dass die Vertrags-

partner im Bereich der Musikschule nicht identisch seien mit den Trägergemeinden der Volkshochschule. Daher brauche es ein wenig Zeit, verschiedene Einrichtungen in ein für alle Beteiligten gerechtes Konzept zu bringen. Der Mietvertrag der Stadtbücherei laufe im Jahr 2013 aus. Spätestens bis zu diesem Zeitpunkt würden entsprechende Konzeptionen erarbeitet.

Hiermit erklärt sich der Ausschuss einverstanden.

Auf Wunsch der Ausschussmitglieder unterbricht Bürgermeister Büter die Sitzung um 20.10 Uhr für 10 Minuten. Um 20.20 Uhr wird die Sitzung fortgeführt.

Budget 06.01 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen

Ratsmitglied Lambers stellt für die SPD-Fraktion folgenden Antrag:

“Aufgrund der zur Zeit laufenden Beitragsfestlegung soll die Verwaltung prüfen, wie sich eine Staffelung der Kindergartenbeiträge, wie von der SPD beantragt, auf die Gesamtgebühren auswirken würde. Hierüber soll die Verwaltung umgehend den Rat nach Abschluss der neuen Beitragsfestlegung unterrichten.

Ein Ziel der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen sollte es sein, die Beitragsfreiheit für den Besuch von Tageseinrichtungen sicher zu stellen. Wir gehen davon aus, dass dieses auch in absehbarer Zeit beschlossen wird. Aus diesem Grunde beauftragt der Ausschuss die Verwaltung, eine Analyse zu erstellen, welche Kosten auf die Stadt bei einer Drittelung (Bund, Land, Kommunen) zukommen würden.”

Verwaltungsvorstand Kühlkamp legt dar, dass bei einer Drittelung der Kosten der städtische Anteil bei etwa 330.000 Euro liege. Er sagt ferner zu, dass die Verwaltung nach einer für eine verlässliche Beurteilung der veränderten Situation erforderlichen Zeit aussagekräftige Daten über das festgestellte Wahlverhalten der Eltern und über die Finanzierungssituation in den zuständigen Gremien vorlegen werde.

Budget 06.02 Kinder- und Jugendarbeit

Ortsvorsteher Schmeing (CDU-Fraktion) erkundigt sich nach der zeitlichen Reihenfolge der Einrichtung von Kleinspielfeldern in den Ortsteilen (Maßnahme-Nr. 0.0000.00003). Verwaltungsvorstand Kühlkamp erklärt, dass der Entwurf für 2008 die Einrichtung in Alstätte, für 2009 in Wüllen und für 2010 dann in Ottenstein vorsehe. Auf Nachfrage von Ratsherr Horst (FDP-Fraktion) erläutert Verwaltungsvorstand Kühlkamp weiter, dass für die Anschaffung von Spielgeräten im Schlossgarten insgesamt 50.000 Euro eingeplant sei. Konkret solle für den Stadtkernbereich ein attraktives Spielgerät (Spielschiff) angeschafft werden.

Fraktionsvorsitzender Vorkamp stellt den Antrag, die Einrichtung der Kleinspielfelder bereits bis Ende 2009 abzuschließen. In diesem Jahr sollte zunächst, wie geplant das Spielfeld in Alstätte realisiert werden, im kommenden Jahr dann in den Ortsteilen Wüllen und Ottenstein.

Über diesen Antrag lässt Bürgermeister Büter abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Damit ist der Antrag angenommen.

Budget 09.01 Stadtentwicklungsplanung

Ortsvorsteher Schmeing (CDU-Fraktion) berichtet über eine schleichende Verweisung des alten Ortskerns im Ortsteil Wüllen und bittet die Verwaltung um Prüfung, ob ein Dorfentwick-

lungskonzept, wie bereits im Jahr 2000 angedacht, mögliche Maßnahmen zur Stützung der alten Dorfstrukturen aufzeigen könne.

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) unterstützt dieses Ansinnen und ergänzt, dass es deckungsgleiche Aufgabenstellungen in allen Ortsteilen gebe. Es gehe um drohende Bevölkerungsverluste in den Dorfkernen bei gleichzeitigem Zuzug in attraktive Neubaugebiete an den Dorfrändern. Daher brauche es eine intensive Beratung im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes.

Diese Auffassung teilen auch die übrigen Fraktionen. Bürgermeister Büter fasst zusammen, dass die fachliche Aufarbeitung dieser Fragen in die Neuaufstellung des Flächennutzungsplans eingebunden werden solle. Es gelte die Dorfentwicklungen allgemein, insbesondere aber die Dorfkernentwicklungen zu berücksichtigen und zu stützen und dafür jeweils Konzepte zu entwickeln. Hierbei sollten ausreichende Beteiligungsverfahren sichergestellt und mögliche Fördermöglichkeiten geprüft werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Budget 11.01 Abfallwirtschaft

Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion) erkundigt sich im Hinblick auf die Anpassung der Abfallgebührensatzung nach Überlegungen, zwischen Einfamilien- und Mehrparteienmietfamilien eine höhere Gebührengerechtigkeit bei den Abfallgebühren zu erreichen. Erster Beigeordneter Althoff erläutert, dass zur Zeit die Bestandsaufnahme erfolge. Anschließend werde rechtzeitig ein Konzept erarbeitet und vorgelegt werden.

Budget 11.02 Abwasserwirtschaft

Fraktionsvorsitzender Eisele (Bündnis 90/Die Grünen) erwartet von der Verwaltung, dass in der Folge des vom Oberverwaltungsgericht Münster am 18.12.2007 gefällten Urteils zur Ermittlung der Abwasserentsorgungsgebühren, dass die Bescheide für 2008 vor dem Hintergrund des Ablaufes der Widerspruchsfrist für vorläufig erklärt werden.

Bürgermeister Büter erläutert, dass die Stadt das Verfahren umstellen werde. Dieses werde deutlich aufwendiger sein, als das bisherige Verfahren, müsse aber dem Anspruch des Urteils gerecht werden. Zur Zeit werde geprüft, mit welchen Methoden verlässliche Informationen über die Flächenversiegelung der einzelnen Grundstücke erzielt werden können. Bei einem vertretbaren Aufwand solle eine Überfliegung in Auftrag gegeben werden. Hiermit erklärt sich der Ausschuss einverstanden. Das neue Konzept solle dann zum 1. Januar 2009 umgesetzt werden. Dabei gehe es nicht um die Erhöhung der Gebühren, sondern um eine geänderte Verteilung. Vor dem Hintergrund der noch unsicheren Rechtslage sagt Bürgermeister Büter zu, dass nach der Feststellung der Versiegelungsfläche und der damit verbundenen Neufestsetzung der Abwassergebühr eine Überprüfung für das Jahr 2008 möglich bleibt, sofern sie beantragt werde.

Budget 12.01 Öffentliche Verkehrsflächen

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) weist auf den sehr schlechten Zustand der Straßen Schloßstraße und Arnoldstraße hin. Er stellt den Antrag, dass diese Straßen, losgelöst von der Dringlichkeitsliste der erforderlichen Straßenbaumaßnahmen im Stadtgebiet, 2009 erneuert werden.

Technischer Beigeordneter Tacke bestätigt, dass beide Straßen bereits vollständig abgeschrieben seien. In diesem Jahr sollten beide Straßen zunächst notdürftig repariert werden. Für 2009 werde dann eine generelle Überarbeitung eingeplant werden können. Gleichzeitig

im **Finanzplan** mit

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	61.914.635 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	57.289.417 EUR

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	13.346.000 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf festgesetzt.	25.208.500 EUR

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite , deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf festgesetzt.	4.800.000 EUR
--	---------------

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen , der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf festgesetzt.	9.460.000 EUR
--	---------------

§ 4

Die Verringerung der Ausgleichsrücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf	0 EUR
und die Verringerung der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf festgesetzt.	0 EUR

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite , die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen wird auf festgesetzt.	3.000.000 EUR
---	---------------

§ 6

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2008 wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
1.1	für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	192 v.H.
1.2	für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	381 v.H.
2.	Gewerbsteuer auf	403 v.H.

§ 7

(Haushaltssicherungskonzept) entfällt

§ 8

Die Zuständigkeit des Stadtkämmerers für die Genehmigung von überplanmäßigen und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 83 GO NRW wird wie folgt festgelegt:

1. im Einzelfall bis 15.000 EUR,
2. bei Aufwendungen und Auszahlungen, die auf gesetzlicher oder vertraglicher Grundlage beruhen, bis 50.000 EUR,
3. bei Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen sowie Aufwendungen die sich auf den Jahresabschluss beziehen, in unbegrenzter Höhe.

Bei Überschreitung der Beträge zu Nr. 1 und 2 ist die vorherige Zustimmung des Rates erforderlich.

Für die Genehmigung von überplanmäßigen und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen gemäß § 85 GO NRW gilt diese Regelung entsprechend.

Abstimmungsergebnis:

- 12 Ja-Stimmen
- 6 Enthaltungen

3 Industriepark A31 Legden Ahaus

V/2008/0731

Bürgermeister Büter zeigt sich sehr zufrieden mit der guten und vertrauensvollen bisherigen Zusammenarbeit mit der Gemeinde Legden. Erster Beigeordneter Althoff erläutert den Entwurf der Zweckverbandssatzung. Er ergänzt, dass der Entwurf zur Zeit mit der Kommunaufsicht abgestimmt werde. Anhand von Folien erläutert er die kalkulierte Kostenaufschlüsselung und unterstreicht, dass es sich hierbei um kalkulatorische Werte handelt, die sich noch leicht verändern können.

Fraktionsvorsitzender Eisele (Bündnis 90/Die Grünen) erkundigt sich nach dem Stand der Grundstücksverhandlungen und bemängelt fehlende Absprachen mit dem Gewerbevereinen und den Ortsteilen. Bürgermeister Büter erläutert, dass es zur Zeit noch keine vertragsreifen Verhandlungsergebnisse gebe. Diese würden zu gegebener Zeit dem Rat vorgelegt werden. Der Industriepark A 31 biete gleichberechtigt für beide Gemeinden sehr attraktive Entwicklungsmöglichkeiten. Er wolle allerdings auch nicht verhehlen, dass es bei diesem Projekt auch Risiken gebe, die allerdings kalkulierbar seien. In Anbetracht immer neuer konkurrierender interkommunaler Gewerbegebiete an der A 31 werbe er daher für eine Unterstützung des Vorhabens. Konkrete Auskünfte über den Stand der derzeit laufenden Grundstücksverhandlungen könne er, soweit heute möglich, im nicht-öffentlichen Teil dieser Sitzung geben.

Ratsmitglied Lambers (SPD-Fraktion) sieht für seine Fraktion noch Informationsbedarf und regt an, Niederschriften des zukünftigen Zweckverbandes über das neue Ratsinformationssystem zugänglich zu machen. Bürgermeister Büter bietet allen Fraktionen an, noch offene

Fragen und Anregungen an ihn zu richten. Ferner sagt er zu, nach Möglichkeit die Sitzungsdokumente des Zweckverbandes in das neue Ratsinformationssystem der Stadt Ahaus zu übernehmen.

Ratsherr Kersting (UWG-Fraktion) fragt nach den Mitgestaltungsmöglichkeiten des Rates auf die Entscheidungen des Zweckverbandes. Erster Beigeordneter Althoff erläutert, dass der Rat gegenüber den in den Zweckverband entsandten Vertretern weisungsbefugt sei.

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) zeigt sich überzeugt, mit einem so guten Partner und den damit gegebenen guten Startvoraussetzungen das Vorhaben auch umsetzen zu können. Die Lage direkt an der Autobahn biete sehr attraktive Möglichkeiten und rechtfertige damit auch eine andere Preisgestaltung.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Er empfiehlt dem Rat zwecks Entwicklung und Betrieb des geplanten interkommunalen Industrieparks A31 Legden Ahaus einen Zweckverband zu gründen und die Zwecksverbandssatzung in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Rat der Gemeinde Legden am 14.02.2008 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

14 Ja-Stimmen
4 Enthaltungen

Zum Schluss der nicht-öffentlichen Sitzung informiert Bürgermeister Büter den Ausschuss über den aktuellen Stand der Grundstücksverhandlungen zum vorgesehenen interkommunalen Gewerbegebiet "Industriepark A31 Legden Ahaus". Er erläutert, dass in den Grundstücksverhandlungen mit den Kreisen Borken und Coesfeld bereits weitgehende Einigkeit erzielt worden sei. Hierbei gehe es zunächst um eine Fläche von 7 Hektar. Insgesamt habe das Plangebiet eine Fläche von 25 Hektar. Über die weiteren Fortschritte werde er den Rat informieren.

Felix Büter
(Vorsitzender)

Werner Leuker
(Schriftführer)